



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

P 811 Postulat Engler Pia und Mit. über Kinder und Jugendliche brauchen jetzt unsere Unterstützung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Claudia Huser beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Pia Engler hält an ihrem Postulat fest.

Pia Engler: Wissen Sie, wo jene Jugendlichen eine Beratung erhalten, die mit dem Leistungsdruck nicht mehr umgehen können, sich ständig gestresst fühlen oder Suizidgedanken haben? Wenn Sie es nicht wissen, befinden Sie sich in guter Gesellschaft, denn so geht es vielen Jugendlichen. Wie die Stellungnahme des Regierungsrates aufzeigt, sind im Kanton verschiedene Angebote vorhanden. Das zielt aber an meinem Postulat vorbei. Ich habe versucht nachzuvollziehen, warum mein Postulat erfüllt sein soll. Erstens fordere ich Massnahmen gegen den mangelnden Bekanntheitsgrad der Beratungsstellen für Jugendliche. Der Regierungsrat stützt in seiner Stellungnahme genau diese Aussage, schreibt er doch, dass eine Analyse ergeben hat, dass es unklar ist, ob die Jugendlichen die bestehenden Beratungsangebote ausreichend kennen. Die Stellen selber geben an, dass sie ihren Bekanntheitsgrad bei den Jugendlichen als gering einschätzen. Die Massnahme zur Bekanntmachung kennt vor allem auch Angebote im städtischen Raum, und die befragten Institutionen erklären, dass ihnen zusätzliche Ressourcen fehlen, um die Massnahmen intensivieren zu können. Der Kanton führt weiter aus, dass das Problem erkannt sei und darum die Programmphase der Kampagne «Wie geht's dir?» um 55 Prozent auf 100 Prozent aufgestockt wurde. Ich habe die Homepage gesucht, die sich gemäss Regierung an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richtet. Es wurde aber schnell klar, dass sich diese Seite nicht spezifisch an Junge richtet, finden sich doch an prominenter Stelle die Adressen von Pro Senectute und Pro Mente Sana. Mein Selbstcheck ergab nicht überraschend, dass es mir im Moment nicht gut geht, und ich erhielt die Möglichkeit, Angebote anzuklicken. Dort erhielt ich Stichworte wie Mobbing, Cannabiskonsum und Leistungsdruck und musste meinen Wohnort eingeben. Unter Leistungsdruck erschien keine Empfehlung für eine Beratungsstelle, unter Mobbing erscheinen als erste der Schulpsychologische Dienst des Kantons Obwalden, die Opferberatung Obwalden, die Beratung und Begleitung von Selbsthilfegruppen usw. und als Letztes die Notrufnummer 147. Es erscheint keine kommunale Beratungsstelle aus dem Kanton Luzern. Ich habe erwartet, dass «Wie geht's dir?» spezifisch für junge Menschen ist und hilft, die hiesigen Beratungsstellen bekannter zu machen. Das war eine Fehlanzeige. Mein Fazit: Ich sehe nicht, wie mit den vorgeschlagenen Massnahmen die Bekanntheit der Zugänglichkeit zur Beratungslandschaft für Jugendliche verbessert werden kann. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns. Zweitens fordere ich mehr finanzielle Ressourcen für nicht therapeutische Beratungsangebote, weil wir im Kanton absolut am Anschlag sind. In einem Informations-E-Mail an uns Kantonsrätinnen und

Kantonsräte hat Pro Juventute erklärt, dass ein zusätzlicher Beitrag des Kantons von 10 000 Franken allein für die Elternberatung bestimmt sei und nicht für die Notrufnummer 147, welche in den letzten zwei Jahren eine Nachfragezunahme von 40 Prozent feststellt. Wir alle wissen, dass wir im Kanton nach wie vor eine Unterversorgung mit psychiatrischen Leistungen haben. Die Wartezeiten für einen Therapieplatz betragen nach wie vor ein halbes Jahr und mehr. So wächst der Druck auf die nicht therapeutischen Beratungsangebote und Erstberatungsstellen, die zunehmend mit extrem belasteten Jugendlichen konfrontiert sind und mithelfen müssen, die ausserordentlich schwierige Situation und die Krisen dieser Jungen zu bewältigen. Der Bedarf an zusätzlichen Geldern ist mehr als ausgewiesen, damit die Angebotsnachfrage annähernd Schritt halten kann. Wir alle kennen junge Personen, die in der Pandemie in eine ernsthafte Krise geraten sind. Es fehlt an Angeboten, am Bekanntheitsgrad von Angeboten und an Ressourcen für die Angebote. Der Kanton macht einiges, aber nicht genug, um mein Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

Claudia Huser: Die psychische Gesundheit unserer jungen Bevölkerung ist beunruhigend. Es muss uns beschäftigen, dass immer mehr junge Menschen Angst vor der Zukunft haben, nicht wissen, wie es weitergehen soll und wie sie mit Themen wie Krieg, Klimawandel oder sozialer Isolation umgehen sollen. Die Luzerner Psychiatrie (Lups) ist überlastet. Wir haben zwar Ressourcen gesprochen, aber wir wussten schon damals, dass diese erst längerfristig greifen und die steigende Nachfrage damit nicht abgedeckt werden kann. Somit sind Beratungsangebote umso wichtiger. Die niederschweligen, aber auch die präventiven Angebote gilt es zu stärken. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist es jedoch nicht angezeigt, eine breite Informationskampagne zu führen, sondern die Mittel gezielt in Angebote zu investieren. Aus diesem Grund beantragen wir, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Monika Schnydrig: Es sind erschreckende Zahlen, die in der Stellungnahme des Regierungsrates aufgezeigt werden. Schweizweit und auch im Kanton Luzern hat sich die Anzahl der Fälle von Jugendlichen, die stationär eine psychiatrische Leistung in Anspruch nehmen, in den Jahren 2013–2018 fast verdoppelt. Im ambulanten Bereich gab es eine Steigerung von bis zu 40 Prozent. Das bringt einen ins Grübeln. Einerseits führen die Experten die Verschlechterung der psychischen Gesundheit auf Einflussfaktoren wie beispielsweise den Leistungsdruck bei Kindern und Jugendlichen sowie die Belastung in Familien zurück, welche die Zunahme ausmachen. Andererseits ist die stärkere psychische Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen auch als Folge der Einschränkungen und Belastungen der Covid-19-Pandemie zu sehen. Und jetzt? Wie bekämpfen wir die Ursachen? Wie senken wir diese enormen Zahlen? Was läuft so schief und wo, dass es unseren Kindern und Jugendlichen so schlecht geht? Es gibt sicher Analysefelder, die sich anbieten, wie vielleicht der gesellschaftliche Wandel der vergangenen Jahrzehnte, die stark veränderte Familienpolitik, das Schul- und Bildungssystem, diverse Themen, die heute in einen Panikmodus befördert werden, und einige mehr. Die Fachstelle Gesundheitsförderung setzt in Zusammenarbeit mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz das Programm «Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen» um. Seitens der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) wird das überregionale Beratungsangebot «147.ch» finanziell unterstützt und das Angebot auch auf Elternberatungen ausgeweitet.

Per 1. August 2022 sind die Gemeinden angehalten, flächendeckend Schulsozialarbeit auf allen Stufen anzubieten, und der Kanton hat die Massnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen intensiviert. So existiert zum Beispiel die Kampagne «Wie geht's dir?», und die verwaltungsinternen Ressourcen wurden von 45 auf 100 Prozent erhöht. Auf kommunaler Ebene besteht ein breites Netz von nicht therapeutischen vorgelagerten Beratungsangeboten, und im Bereich Bildung stehen Kindern und Jugendlichen während des gesamten Bildungszyklus diverse Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung. Die schulpsychologischen Dienste bieten individuelle psychologische Beratungen für Schüler und Kriseninterventionen in Schulen an. Helppoints an Berufsfachschulen bieten Lernenden in der Berufsbildung niederschwellige Unterstützung. Es gibt viele Angebote und Ressourcen: ein neues Programm und mehr Stellenprozent in der Verwaltung, Gott sei Dank. Es ist viel im Tun, und das begrüssen wir

sehr. Aber jetzt müssen wir zuerst abwarten, ob die Massnahmen greifen, und es braucht eine Evaluation. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Hannes Koch: Die G/JG Fraktion unterstützt das Postulat, welches eine breite, wirksame Kampagne bezüglich niederschwelliger Erstberatungs- und Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche bekannt zu machen fordert. Zudem fordert das Postulat, dass der Kanton zusätzliche finanzielle Ressourcen für nicht therapeutische Beratungsangebote bereitstellt. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme ausführlich dargelegt, welche Kampagnen am Laufen sind. Es ist eindrücklich, was für Angebote es gibt, aber es ist auch eine Realität, dass diese zum Teil nicht gefunden werden. Mit der letzten Sparrunde sind die Beteiligungen reduziert worden, zum Teil so weit, dass Beratungsangebote ganz eingestellt werden mussten. Als Beispiel sei das Institut für Heilpädagogik (IHP) in Luzern genannt, das 2019 seinen Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen einstellen musste. Der Planungsbericht B 83 über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern beschreibt, dass rund 300 Kinder und Jugendliche meist mehrere Wochen und Monate auf eine Behandlung bei einer Fachperson warten müssen. Der Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen ambulanten Leistungen nimmt gemäss Prognosen stark zu. Es braucht mehr Mittel für Beratungsangebote und für deren Bekanntmachung, wie es der Kanton im genannten Planungsbericht sehr klar dargelegt hat. Aus diesen Gründen ist das Postulat erheblich zu erklären. Findet sich für das Postulat keine Mehrheit, stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Gerda Jung: Aufgrund der umfangreichen und vertieften Ausführungen der Regierung in ihrer Stellungnahme sind wir der Meinung, dass der Kanton in vielen Teilen sehr wach und aktiv ist und Schritt hält mit all den gesellschaftlichen Entwicklungen des Unterstützungsbedarfs für die Jugendlichen, sei es beim Angebot, bei der finanziellen Unterstützung oder der Sensibilisierung auf allen Ebenen. Trotzdem besteht noch Handlungsbedarf. Hört man auf Rückmeldungen von Institutionen und Betroffenen, muss man das Angebot weiterentwickeln und darin weiterinvestieren. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Postulat.

Sibylle Boos-Braun: Schweizweit verzeichnen wir eine deutliche Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Situation wird zusätzlich durch die Engpässe in der Versorgung verschärft. So bestehen lange Wartezeiten von teilweise mehr als acht Monaten, beispielsweise beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass sie die Notlage erkannt und Massnahmen getroffen hat. Auch die Gemeinden sind in diesem Bereich aktiv und bieten Angebote an, zum Beispiel Jugendarbeiter und die Schulsozialarbeit. Die FDP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass in erster Linie bestehende Institutionen wie die Schulsozialarbeit, die bereits in Beziehung zu den Jugendlichen stehen, genutzt und keine zusätzlichen Anlaufstellen geschaffen werden. Auch einer Informationskampagne stehen wir eher kritisch gegenüber. Aber wir anerkennen die Schwierigkeit der sehr langen Wartezeiten. Acht Monate warten auf einen Termin für ein Kind mit psychischen Problemen ist sehr schwierig und zu lange, deshalb müssen wir reagieren. Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen müssen möglichst schnell behandelt und betreut werden können, damit sich ihre Krankheit nicht stärker akzentuiert. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Priska Häfliger-Kunz: Im schulischen Umfeld, aber auch bei der Gesundheitsförderung gibt es viele Unterstützungsangebote für Jugendliche und Kinder. Gleichzeitig hat sich das Jugendparlament mit dieser Problematik beschäftigt. Aus der Stellungnahme der Regierung wird aber ersichtlich, dass die vielfältigen Angebote, in welche auch Pro Juventute involviert ist, zu wenig bekannt sind. Das ist aber wichtig, damit sich betroffene Kinder und Jugendliche bei Bedarf schnell und unkompliziert Hilfe holen können. Darauf ist der Fokus zu richten.

Laura Spring: Letzten Dienstag haben Vertreterinnen und Vertreter aller Jungparteien vor den Türen des Regierungsgebäudes eine Aktion durchgeführt. Rahel Schnyder, die Co-Präsidentin der Jungen SVP, hat daraufhin in Tele 1 ein eindrückliches Interview gegeben, warum wir das brauchen, was das Postulat verlangt. Die therapeutischen

Beratungsangebote und die vorhandenen Therapieplätze im Kanton sind so ungenügend, dass man auch mit einem suizidgefährdeten Kind mehrere Wochen auf einen Therapieplatz warten muss. Vertreterinnen und Vertreter aller Jungparteien haben gemeinsam nach einer Lösung gesucht und uns mit ihrer Aktion auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen. Wir haben heute die Möglichkeit, einen ersten Schritt zu tun, aber es braucht noch weitere Massnahmen. Eltern mit akut gefährdeten Kindern können nicht auf eine Evaluation warten, wie sie von der SVP gefordert wurde. Wir brauchen jetzt sofortige Massnahmen für diese akute Notlage.

Anja Meier: Ich lege meine Interessensbindung als Angestellte bei Pro Juventute Schweiz offen. Stellen Sie sich vor, dass Sie sich den Arm brechen, und beim Arzt heisst es, kommen Sie doch in einem halben Jahr wieder. Das ist die Realität, mit der Kinder und Jugendliche im Moment konfrontiert sind, wenn sie aufgrund psychischer Herausforderungen Unterstützung in Anspruch nehmen müssen. Deshalb muss etwas gehen. Es braucht sehr viel Zeit, um die nachgelagerten Angebote zu stärken und die Ressourcen aufzubauen. Daher kommt den vorgelagerten Angeboten im Bereich der Prävention eine stärkere Bedeutung zu. Schon heute verursachen die Unterversorgung und die fehlende Prävention sehr hohe Folgekosten. Eine frühzeitige Behandlung kostet deutlich weniger als eine intensive und längerfristige stationäre Behandlung. Die Prävention ist deshalb die effektivste Problembekämpfung, und jeder investierte Franken in die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bringt längerfristig einen «Return on Investment» von 4 Franken aufgrund erhöhter Produktivität und tieferer Gesundheitskosten, wie eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigt. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Pia Engler hat dargestellt, dass die Kommunikation oder das Finden der Angebote ungenügend ist. Dem stimme ich zu. Der Hinweis auf die vorhandenen Angebote könnte tatsächlich besser sein. Monika Schnydrig hat erklärt, was wir bereits alles tun. Wir tun sehr viel, aber bei der Kommunikation besteht ein Manko. Zu den Voten von Anja Meier und Laura Spring: Notfälle werden sofort behandelt. Ansonsten gibt es aber Wartelisten. Mit den gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) haben wir aber Mittel gesprochen, und ich verweise auf den Bericht «Psychische Gesundheit in der Schweiz». Als Präsident der Gesundheitsförderung Schweiz kann ich sagen, dass wir auch im Kanton Luzern sehr viel für die Prävention tun. Es gibt sehr viele Angebote, das muss auch zur Kenntnis genommen werden. Wir benötigen zudem eine gewisse Zeit, um beispielsweise Verbesserungen in der Kommunikation umzusetzen. Aber zusätzliche Massnahmen sehen wir im Moment nicht. Nach einer gewissen Zeit müssen wir prüfen, was wir erreicht haben und was nicht. Dafür brauchen wir aber Zeit. Das Postulat verlangt die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und entsprechende Angebote. Solche Angebote haben wir, aber wir müssen diese für die Kinder und Jugendlichen besser sichtbar machen. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 63 zu 39 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 79 zu 25 Stimmen teilweise erheblich.